

**Rede
des Sprechers für Medienpolitik**

Dr. Alexander Saipa, MdL

zu TOP Nr. 7

Abschließende Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zum Dreiundzwanzigsten
Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung
des Niedersächsischen Mediengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/5443

während der Plenarsitzung vom 12.05.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der heute zu verabschiedende Gesetzentwurf behandelt zwei Themenfelder.

Zum einen geht es um die nach Artikel 35 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Zustimmung des Landtages zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Dieser sieht auch Änderungen des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages vor.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes entrichten Inhaber mehrerer Wohnungen künftig für die Möglichkeit privater Rundfunknutzung nur noch den Rundfunkbeitrag für *eine* Wohnung, wenn sie für ihre Zweitwohnung eine Befreiung von der Beitragspflicht beantragen.

Darüber hinaus soll ab dem Jahr 2022 alle vier Jahre ein automatisierter Abgleich der Meldedaten zwischen den Meldebehörden und den Landesrundfunkanstalten stattfinden. Der Staatsvertrag enthält außerdem eine Regelung zum vollständigen automatisierten Erlass von Rundfunkbeitragsbescheiden.

Zum anderen sieht der Gesetzentwurf, über den wir heute abstimmen, vor, Änderungen am Niedersächsischen Mediengesetz vorzunehmen. Zukünftig wollen wir nämlich, dass die Zuständigkeit für die allgemeine Telemedienaufsicht vom Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz auf die Niedersächsische Landesmedienanstalt verlagert wird. Dieser Schritt ist folgerichtig und regelt Zuständigkeiten klar und nachvollziehbar. Und soweit ich es noch aus der Beratung im Medienausschuss weiß, wird dieser Gesetzentwurf von SPD, CDU, Grünen und FDP angenommen. Deswegen möchte ich meine Redezeit noch gern dafür nutzen - wenn wir schon über Medienpolitik reden -, an dieser Stelle einen Dank auszusprechen und vielleicht auch eine Mahnung.

Danken möchte ich an dieser Stelle unseren seriösen Medien, deren Journalistinnen und Journalisten - auch wenn nicht mehr ganz so viele persönlich anwesend sind - und allen dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz gerade in der Corona-Pandemie. Die Berichterstattung war und ist erschwert. Wir haben heute Morgen schon gehört - meine Fraktionsvorsitzende Hanne Modder hat darauf verwiesen -, dass Fernsehteams angegriffen worden sind. So etwas ist absolut zu verurteilen. Wir danken den Journalistinnen und Journalisten dafür, dass sie überall so seriös berichten.

Vor allen Dingen geht es an dieser Stelle - und wir werden morgen bei einem Antrag der Grünen noch einmal darüber reden - natürlich gerade auch um die Lokaljournalistinnen und -journalisten, die im Moment eine sehr schwierige Arbeitsbasis haben, da es vor Ort einfach viel weniger zu berichten gibt, schlichtweg, weil es auch sehr viel weniger Veranstaltungen gibt.

Unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat in den Augen einer riesigen Mehrheit der Gesellschaft wieder einmal die Nase vorn in Bezug auf gute, seriöse und vor allen Dingen verständliche Berichterstattung. Aber, wie gesagt, auch alle seriösen privaten Medienanbieter tun sehr vieles dafür, dass die Menschen gut und umfassend informiert werden.

Am Anfang der Pandemie explodierte die Nachfrage nach verlässlichen, von etablierten Institutionen geprüften Nachrichten. Die „Tagesschau“ erreichte 17 Millionen Zuschauer; das entsprach einem Marktanteil von fast 60 Prozent. Vielen Dank daher für die Arbeit - auch in schwierigen Zeiten mit schwierigen Themen unter schwierigen Bedingungen.

Eine Mahnung sei mir noch erlaubt - ich glaube, wir haben das heute auch schon an der einen oder anderen Stelle angesprochen -: Es mutet schon seltsam an, dass Demonstrationen gegen die Pandemie-Maßnahmen, die von einem Großteil der Bevölkerung ja auch befürwortet wurden und werden, unter dem Deckmäntelchen angeblich fehlender Meinungsfreiheit oder Ähnlichem gestartet werden. Wir müssen immer darauf achten: In diesen Gruppierungen mischen sich Verschwörungstheoretiker - egal, an welchem Rand angesiedelt -, Reichsbürger und - ehrlich gesagt, auch wenn es unparlamentarisch ist - völlig Bekloppte. Unsere guten Medien tun alles, um die teils wirklich hanebüchernen Märchenmeldungen von solchen Einzelkämpfern und Aluhutträgern zu widerlegen. Da gibt es allen Ernstes Leute, wie diesen Berliner Kochbuchautoren, der vor wenigen Tagen mitteilte, bewaffnet in den Untergrund zu ziehen und dort notfalls eine Armee aufzubauen usw., und über Chemtrails fabuliert. Was im Moment so gemacht wird, ist wirklich unfassbar. Es gibt da schlimmste Behauptungen, z. B. dass Geheimdienste und Tempelritter ihn verfolgen. Gerade diese Meinungsführer -und das ist, glaube ich, für uns alle sehr wichtig, und natürlich nicht nur für Medienpolitiker, sondern für uns in der Politik insgesamt - verbreiten ihren Unsinn sehr gezielt und bewusst und verfolgen damit ja auch Interessen. Manche verdienen einfach so ihren Lebensunterhalt, durch Werbeeinnahmen auf YouTube - wie gesagt, gut, dass wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, bei dem das nicht notwendig ist - oder auch durch das Verkaufen von Büchern

Verschwörungsgläubige verdienen, ehrlich gesagt, kein Mitleid, sondern entschiedene Ablehnung. Wir alle haben die Verpflichtung, alles gegen diese wirklich gruseligen Quatschmeldungen von Welt-verschwörungen und Ähnlichem zu tun. Besonders in der Krise hält man zusammen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und zeigt Spaltern und denen, die aus der Krise Profit schlagen wollen, gemeinsam die kalte Schulter.

Vielen Dank.